Fraktion GO/Grüne

Fraktionsvorsitzender
Hans-Hermann Terkatz

Tel. +49 2834 6531
FAX +49 2834 3039700

fraktion@gruene-straelen.de
www.gruene-straelen.de

GO/Grüne, www.gruene-straelen.de

Herrn Bürgermeister
Hans-Josef Linßen
Rathaus
47638 Straelen

17. Juni 2021

Antrag zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.3.2020

Die Stadt Straelen erklärt sich zum sicheren Hafen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Linßen,

die Fraktion GO/GRÜNE im Rat der Stadt Straelen beantragt, dass o.g. Punkt in die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.3.2020 aufgenommen und beraten wird.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Straelen folgende Forderungen der internationalen Bewegung SEEBRÜCKE zu beschließen.

1. Öffentliche Solidaritätserklärung

   Der Rat der Stadt Straelen erklärt sich mit den Menschen auf der Flucht solidarisch und positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer.

2. Aufnahme zusätzlich zur Quote

   Die Stadt Straelen stellt eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen im Rahmen der jeweils aktuell verfügbaren Unterbringungskapazitäten zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher und erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Soweit eine Einflussmöglichkeit besteht, sollen bevorzugt unbegleitete Jugendliche und Familien aufgenommen werden.

   Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Nordrhein-Westfalen hergestellt.

3. Weiter Maßnahmen

   Der Haupt- und Finanzausschuss verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bürgerdienste. Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Bürgerdienste und in der weiteren Beratungsfolge dem Rat der Stadt Straelen Vorschläge zu unterbreiten, ob und in welchem Umfang ggf. weitere Forderungen der Seebrücke, z.B. finanzielle Unterstützung oder die Formulierung von Forderungen gegenüber der Regierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung, umgesetzt werden sollen.

Begründung:

Im Gegensatz zur europäischen Abschottungspolitik und der Blockade der EU-Staaten setzen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche, landes- und kommunalpolitische Akteure in ganz Europa für die Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen ein. Gerade die Kommunen zeigen ihre Solidarität und Verantwortung. Immer mehr von ihnen erklären sich zu Sicheren Häfen für Geflüchtete.

Als zivilgesellschaftliche Bewegung steht die SEEBRÜCKE für Solidarität mit Menschen auf der Flucht und Bewegungsfreiheit. In über 100 Städten und Gemeinden setzen sich Gruppen der SEEBRÜCKE dafür ein, dass sich ihr Ort zum Sicheren Hafen macht. Dies bedeutet unter anderem, dass die Stadt aus Seenot gerettete Menschen zusätzlich zur ohnehin bestehenden Quote aufnimmt, einem Städtebündnis Sicherer Häfen beitritt und/oder die Patenschaft für eine Seenotrettungsorgansation übernimmt.

Das Engagement zeigt Erfolg: Seit Herbst 2018 haben sich mehr als 120 Kommunen in Deutschland zu Sicheren Häfen erklärt – und ständig kommen neue hinzu (Stand: 11.02.20). U.a. auch die Städte Kempen, Kevelaer, Krefeld und Viersen. Auch wenn die jeweiligen Erklärungen unterschiedlich weit gehen, zeigen die Ratsbeschlüsse, dass sich Städte, Gemeinden und Landkreise gegen das Sterben im Mittelmeer und die Kriminalisierung der Seenotretter*innen engagieren. Die Liste aller Sicheren Häfen in Deutschland und Details zu den einzelnen Städten sind zu finden unter:
https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/

Sicheren Häfen - Forderungen der SEEBRÜCKE

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits dutzende Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. Kommunen können in dem Prozess über die Zeit immer mehr Aspekte eines Sicheren Hafens erfüllen. Als SEEBRÜCKE begleiten wir den Prozess und dokumentieren, welche Schritte Kommunen aus unserer Sicht bereits gegangen sind.

Zu einem Sicheren Hafen gehört für die SEEBRÜCKE, dass die Kommune:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.
3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.
4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet (Humanitäre Aufnahmeverfahren des Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).
6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereitstellt (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder Relocation-Verfahrens).

7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

8. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.
9. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Vernetzung

10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis “Städte Sicherer Häfen” bei. Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht.

Für die Fraktion GO/Grüne

Hans-Hermann Terkatz

Fraktionsvorsitzender